

Als dann auch noch die „Partei der Islamischen Wiedergeburt“ in Usbekistan Fuß faßte, reagierte Altkommunist Karimow. Er wußte, daß er für eine Nation Usbekistan die Unterstützung von Muslimen brauchte. Die „Partei der Islamischen Wiedergeburt“ wurde verboten, Karimow erklärte plötzlich, der Islam habe eine positive Bedeutung, spendete Geld für Moscheen, legte seinen Eid auf den Koran ab. Die Vertreter des „offiziellen“ Islam waren die Nutznießer. Sie begannen mit der Wiedererrichtung von Moscheen und Koranschulen – finanziell unterstützt durch Saudi-Arabien. In den Buchhandlungen kann man den Koran sogar in russischer Sprache kaufen.

Das Problem ist damit nicht gelöst. Die offizielle Propaganda rührt alle Gegner des „offiziellen“ Islam, die sehr zahlreich sind, in dem Sammelbegriff „Fundamentalisten“ zusammen. Man verweist dabei auf die Fundamentalisten im Iran, in Afghanistan, in Tadschikistan und setzt sie mit Terroristen gleich. Einig sind sich alle muslimischen Gruppierungen, daß der Islam in Usbekistan auch im öffentlichen, im politischen Bereich eine Rolle spielen müsse. Man streitet sich jedoch, welche Rolle.

In seiner bereits erwähnten Rede am 6. 5. 1993 hat Präsident Karimow deutlich darauf verwiesen, daß Usbekistan in der Welt seine eigene Rolle spielen will. Interessant ist, daß er

unmittelbar danach seine Hoffnung äußerte, daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland erfolgreich entwickeln würden. Tatsächlich gibt es eine Vereinbarung mit Daimler-Benz, eine Produktionsstätte zu errichten. Rund 15 deutsche Firmen sind inzwischen in Usbekistan vertreten. Das an Rohstoffen reiche Land hat das wirtschaftliche Interesse der EG und der USA angezogen.

Karimow sieht in Usbekistan so etwas wie ein Herzstück Asiens. Das betrifft nicht nur die benachbarten einstigen Sowjetrepubliken. Der Präsident hat u. a. Südkorea, Pakistan, Indien, China und den Iran besucht. Er weiß, wie wichtig die Beziehungen zu den islamischen Nachbarstaaten sind. Als politisches Vorbild schwebt ihm offensichtlich die Türkei vor. 1993 wurde in Taschkent eine eigene Diplomatenuniversität gegründet.

Natürlich will Karimow die Beziehungen zu Rußland pflegen. Es könnte durchaus sein, daß er Rußlands Hilfe gegen das unruhige Afghanistan noch einmal benötigen könnte. Eindeutig lehnt er jedoch jegliche politische Unterordnung unter Moskau ab. Noch steht die Republik Usbekistan auf wackligen Füßen. Im November 1993 bat der usbekische Botschafter in den USA, *Mohammad Babur Malikow*, um politisches Asyl. Er begründete dies mit der Verfolgung der Opposition in Usbekistan und der Verletzung der Menschenrechte.

Tamara Ganda

Kurzinformationen

Caritas Europas setzt sich für positive Einwanderungspolitik der Länder der Europäischen Gemeinschaft ein

Für eine positive Einwanderungspolitik und gegen die offizielle Politik des Einwandererstopps haben sich die europäischen Caritasverbände zusammen mit anderen nichtstaatlichen Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung ausgesprochen. Als Hauptziel einer solchen Politik bezeichnen sie eine „gezielte Lenkung des wachsenden Migrationsdrucks“, wie man ihn für die kommenden Jahrzehnte erwartet. Im Mittelpunkt der Erklärung steht ein rechtlich konkret ausgearbeiteter *Vorschlag für eine neue europäische Einwanderungspolitik*. Unter die Höchstgrenze, die mit einer solchen

Einwanderungspolitik gegeben wäre, sollten nicht solche Personen fallen, die bereits anderweitig ein „unantastbares und unveräußerliches Anrecht auf einen rechtmäßig und unbefristeten Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Europäischen Gemeinschaft haben“, also Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention von 1951 und des New Yorker Protokolls von 1967, Staatsangehörige eines Drittstaats, die mit einem Staatsangehörigen eines EG-Staats verheiratet sind, und Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung aufgenommen werden. Die Einwandererhöchstgrenze, schlagen die Caritas-Verbände vor, solle drei Einwandererkategorien mit unterschiedlicher Priorität umfassen: nahe Verwandte von Einwanderern mit unbefristetem Aufenthaltsrecht (A), Personen, deren befristete Aufent-

haltsgenehmigung in eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung umgewandelt werde (B), sowie Personen, die hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen in die EG einreisen wollen (C). A müsse Vorrang vor B sowie A und B Vorrang vor C haben. Zu den wirtschaftlichen und demographischen Vorteilen von Einwanderung heißt es u. a. in der Erklärung, es sei schwierig zu entscheiden, ob die Kosten der Einwanderung ihre Vorteile überwiegen oder umgekehrt. Ein demographisch begründeter Arbeitskräftemangel könne durch Einwanderung zwar behoben werden. Eine Voraussage darüber, wie viele Arbeitskräfte in Zukunft tatsächlich gebraucht würden, sei jedoch aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung und verschiedener Maßnahmen zur Arbeitsintegration von Frauen und Arbeitslosen schwierig.

Kirchen regen stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Produktiveigentum an

Am 10. Januar wurde ein vom EKD-Kirchenamt und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebener Sammelband zum Thema „Beteiligung am Produktiveigentum“ vorgestellt. Man wolle, so der EKD-Ratsvorsitzende und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz im Vorwort, einen „Anstoß geben, um die Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung am Produktivkapital neu zu diskutieren“. Über die Beteiligung am Produktivvermögen könne ein Weg gebahnt werden, um den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland besser und menschengerechter zu begegnen. Entsprechende Forderungen haben im kirchlichen Bereich Tradition: „Die breite Streuung des Vermögens und des Privateigentums ist ein altes Anliegen der katholischen Soziallehre und der christlich-sozialen Bewegung“ (*Anton Rauscher*). Die Beiträge des von den beiden Kirchen herausgegebenen Bandes erörtern die Frage der Beteiligung am Produktiveigentum auf dem Hintergrund der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik und in Auseinandersetzung mit bisher vorliegenden Konzepten. Besonderes Gewicht hat daher die *Situation in den neuen Bundesländern*. Im Blick auf die neuen Länder biete sich, nachdem die erste Chance zur Vermögensbeteiligung breiter Schichten beim Neuaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach dem Krieg so gut wie nicht genutzt worden sei, eine „zweite historische Chance, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen neu zu organisieren und zu sichern“ (*Gerhard Kühlewind*). Wie Bischof *Josef Homeyer* von Hildesheim bei der Präsentation des Bandes ausführte, richteten die Kirchen damit einen „neuen dringenden Appell“ an die Entscheidungsträger der staatlichen und öffentlichen Wirtschaftspolitik, ihren Teil an der Verantwortung dafür zu übernehmen, daß „leistungsbereite Unternehmer, insbe-

sondere kleine und mittlere innovative Unternehmen in die Lage versetzt werden, in Ostdeutschland zu investieren, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer damit einverstanden sind, das Beschäftigungsrisiko in ein Einkommensrisiko umzuwandeln und daß solche Vorleistungen mit einer fairen Verteilung von Einkommen und Vermögen belohnt werden“.

Die US-Bischöfe zur welt-politischen Lage zehn Jahre nach ihrem Friedenshirtenbrief von 1983

Die Vollversammlung der US-Bischofskonferenz, die vom 15. bis 18. November letzten Jahres in Washington stattfand, wurde überschattet von Vorwürfen eines heute 34jährigen AIDS-Kranken US-Amerikaners wegen angeblichen sexuellen Mißbrauchs durch den heutigen Erzbischof von Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin* vor 17 Jahren. Vertreter der Bischofskonferenz und die Bischofskonferenz stellten sich demonstrativ hinter Bernardin, der kategorisch die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bestreitet. Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten der Vollversammlung gehörte die Verabschiedung einer *Erklärung* aus Anlaß des 10jährigen Jahrestages der Veröffentlichung des sogenannten Friedenshirtenbriefes von 1983 (Wortlaut in: *Origins*, 9.12.93, 449 ff.). Die Herausforderung, die die Bewahrung und Herstellung des Friedens darstelle, sei „anders, aber nicht weniger dringend“ – auf die Formel brachten die Bischöfe die seit den Jahren der weltweit geführten Nachrüstungsdebatte fundamental veränderten weltpolitischen Lage. Auch wenn sich die nukleare Gefahr verringert habe, seien „internationale Ungerechtigkeit, blutige regionale Kriege und ein ungehinderter Handel mit konventionellen Waffen fortdauernde Zeichen dafür, daß die Welt weiterhin von durchdringender Gewalt und Konfliktbereitschaft“ geprägt werde. Nach dem Kalten Krieg, so die Bischöfe, gebe es die „gefährliche Versuchung“, sich aus-

schließlich für innenpolitische Fragen zu interessieren und globale Verantwortung aus dem Blick zu verlieren. Das Urteil, daß nukleare Abschreckung nur unter bestimmten Bedingungen ethisch zu akzeptieren sei, bleibe auch in der Zeit nach dem Kalten Krieg ein brauchbares Kriterium, um die sittliche Qualität von Nuklearwaffen einzuschätzen. Zehn Jahre nach „Die Herausforderung des Friedens“ – so lautete der Titel des Friedenshirtenbriefs – blieben ernsthafte Fragen darüber, inwieweit der moderne Krieg mit seiner ganzen „Barbarei“ die harten Kriterien der Tradition vom „gerechten Krieg“ überhaupt erfüllen könne. Für eine neue Vision der internationalen Gemeinschaften verdienten fünf Gebiete verstärktes Interesse: 1) die Stärkung globaler Institutionen, 2) die Sicherung der Menschenrechte, 3) Sicherung menschlicher Entwicklung, 4) Einschränkung des Nationalismus und Ausmerzung religiös motivierter Gewalt, 5) Aufbau von Strukturen kooperativer Sicherheit.

Die Familie im Zentrum der Weltfriedensbotschaft des Papstes

Die Botschaft Johannes Pauls II. zum Weltfriedenstag 1994 stand in diesem Jahr, das von den Vereinten Nationen zum Jahr der Familie proklamiert wurde, ebenfalls ganz im Zeichen der Familie beziehungsweise deren Rolle für den Frieden auf der Welt. Die Familie als eigentliches Fundament der Gesellschaft und bevorzugte Trägerin für die Weitergabe der religiösen, kulturellen und eben der Werte des Friedens sei damit zugleich die wichtigste Vermittlerin einer friedlichen Zukunft. Eine dauerhafte Friedensordnung brauche Institutionen, die die Werte des Friedens zum Ausdruck bringen und festigen; unter ihnen sei die Familie eine „aktive Vorkämpferin“. Im Widerspruch zu der ursprünglichen Friedensberufung seien weltweit die Familien jedoch auch Orte der Spannungen, des Streites und der Gewalttätigkeiten. Dort, wo blutige Konflikte ausgetra-